

Analyse und Monitoring: Rechte Aktivitäten in Hamburg 2026

**Mobiles Beratungsteam
gegen Rechtsextremismus
Hamburg**

Halbjahresbericht 2026

Das **Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg** ist ein Projekt von Arbeit und Leben Hamburg e.V. und der DGB Jugend Nord. Im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« wird das Projekt gefördert durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Sozialbehörde Hamburg.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMBFSFJ, des BAFzA bzw. der Sozialbehörde Hamburg dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor_innen die Verantwortung.

Herausgeber_innen:

Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.
Vereinsregister: Amtsgericht Hamburg,
Registernummer: VR 9937

Redaktion: MBT Hamburg

Gestaltung: drucktechnik altona

Verantwortlich im Sinne des

Presserechts: Elvisa Kantarević

Kontakt:

Arbeit und Leben Hamburg /
Mobiles Beratungsteam gegen
Rechtsextremismus Hamburg
Telefon: 040 284016-202
mbt@hamburg.arbeitundleben.de
www.beratung-gegen-rechts-hamburg.de

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert von



**Arbeit und
Leben**

HAMBURG

Analyse und Monitoring: Rechte Aktivitäten in Hamburg 2026

Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg

In diesem Monitoring-Bericht blicken wir auf Erkenntnisse aus der Beratungsarbeit und Beobachtungen aus unserem Projekt in den ersten fünf Monaten des Jahres 2026. Da sich zivilgesellschaftliches Engagement, (extrem) rechte Aktivitäten und Gewaltverhältnisse wie Rassismus und Antisemitismus nicht vollständig abbilden lassen, ist der folgende Bericht als unvollständige Auswahl an Beobachtungen zu betrachten, die das MBT darstellen möchte. Einen besonderen Schwerpunkt wollen wir diesmal auf verschiedene Entwicklungen unserer Beratungsarbeit legen.

Beratungsarbeit des MBT Hamburg

**Beratungsarbeit zeigt:
(Extrem) rechte Ideologien
wirken quer durch alle
Schulformen und Stadtteile.**

Die Kernentwicklungen des vergangenen Jahres lassen sich auch in der ersten Jahreshälfte 2026 beobachten: Ein hohes Aufkommen an Beratungs-

anfragen, die zu etwa einem Drittel von Einzelpersonen und zu zwei Dritteln von Institutionen gestellt werden. Dabei wächst der Anteil von Beratungsfällen, die im Kontext Schule zu verorten sind, weiter an. Hatte dieser in der ersten Jahreshälfte 2025 einen Anteil von 15%, liegt er nach den ersten beiden Quartalen 2026 inzwischen bei 18%. Wie auch im vergangenen Jahr, wird hier die Quer-

schnittsperspektive deutlich: Es gibt keinen Schwerpunkt bei bestimmten Schulformen oder Stadtteilen. Meist sind es engagierte Lehrkräfte und Schulsozialpädagog_innen, die sich mit Beratungsanfragen melden. Deren Hintergrund sind oftmals rassistische und/oder antisemitische Positionen oder das Verbreiten von NS-Symbolen bzw. offene NS-Verherrlichung. Zunehmend wird beschrieben, dass sich die tatusübenden Schüler_innen in (extrem) rechten Milieus – on- und offline – radikalieren. Aber nicht nur Schüler_innen üben rechte Gewalt aus. Auch haben sich Lehrkräfte gemeldet, weil Kolleg_innen – oder auch die Schulleitung selbst – (extrem) rechte Positionen vertreten und/oder in diesem Zusammenhang Gewalt ausüben. Grundsätzlich ist auch noch immer die Drohkulisse spürbar, die aus dem (extrem) rechten Spektrum aufgebaut wurde und innerschulisches Engagement gegen Rassismus, Antisemitismus und andere anti-demokratische Positionen als vermeintliche Neutralitätsverletzung verzerrt. Wiederholt haben engagierte Schüler_innen – auch öffentlich – gezeigt, dass sie sich nicht für rassistisch, antife-ministisch oder sozialdarwinistisch geführte Diskurse von rechten Akteur_innen einspannen lassen.

Weiterhin viel angefragt: Unterstützung bei demokratischem Engagement

Eine ermutigende Beobachtung aus der Beratungsarbeit mit Institutionen, Initiativen, Vereinen und Organisationen zeigt sich in der Bereitschaft aktiv zu werden und sich gegen (extrem) rechte Zu- und Übergriffe aufzustellen. In unterschiedlichen Stadtteilen gibt es Zusammenschlüsse aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, die sich aufgrund vermehrter (extrem) rechter Aktivitäten in ihren Stadtteilen vernetzen und sich für ein gleichberechtigtes und gleichwertiges Miteinander engagieren. Dafür nahmen sie, in der ersten Jahreshälfte, das Beratungsangebot des MBTs in Anspruch.

Solche Initiativen standen – neben jenen, die auf Gewalt gegen Betroffene von Ungleichwertigkeitsvorstellungen aufmerksam machen – auch im bisherigen Jahr im Fokus rechter Hetze. Lokale AfD-Social-Media-Accounts greifen die Arbeit dieser Initiativen und von Einzelpersonen in teils diffamierender Weise auf und öffnen damit die Tür für zahlreiche gewaltvolle, bedrohende, beleidigende und herabwürdigende Kommentare unter den jeweiligen Posts – wiederholt und ohne erkennbare Content-Moderation.

Monitoring – Bergedorf im Fokus

Rechte Raumnahme in Bergedorf – und warum der Blick auf ganz Hamburg notwendig bleibt

Im Jahresrückblick 2025 berichtete das MBT bereits, dass sich Bergedorf spätestens seit Sommer 2025 zum Aktionsschwerpunkt junger Neonazis entwickelt hat. Wahrnehmbar wurde dies nicht zu letzt durch Angriffe auf linke und alternative Personen – oft Jugendliche – sowie privaten Wohnraum, durch das Verbreiten extrem rechter Zeichen und Inhalte im öffentlichen Raum und Zugriffsversuche auf Jugendzentren und Schulen. Diese Entwicklung hat sich auch im ersten Halbjahr 2026 fortgesetzt. Mehrere rassistische Bedrohungen, das Verbreiten antisemitischer Hetze und Übergriffe sollen von Jungnazis verübt worden sein. Zudem sollen sie verfassungsfeindliche Zeichen verbreitet und Wahlplakate zerstört haben. In diesem Zusammenhang kam es zu mehreren Hausdurchsuchungen und einer Festnahme. Ebenfalls wurden verschiedene extrem rechte Versuche der Raumnahme in Bergedorf verzeichnet.

Aktivitäten von Neonazis in Bergedorfer Stadtteilen haben Kontinuität: Bereits in den 1980er und 1990er Jahren terrorisierten Nazi-Banden die Menschen im Bezirk. Angriffe auf Gedenkveranstaltungen und alternative Orte, rassistische Mobilisierungen und Gründungen sogenannter Kameradschaften prägten den Beginn der 2010er Jahre in Bergedorf. Aktuell kann man davon ausgehen, dass die in Bergedorf aktiven Neonazis im gesamten Stadtgebiet leben und teilweise Kon-

takte in extrem rechte Strukturen außerhalb Hamburgs pflegen.

Aus der Perspektive unserer Beratungsarbeit lassen sich diese Entwicklungen um weitere Beobachtungen ergänzen. So stellen wir fest, dass knapp ein Drittel der Beratungsfälle mit Bergedorf-Bezug gleichzeitig auch im Kontext Schule zu verorten ist. Der Anteil der Fälle mit Bergedorf-Bezug ist seit Herbst vergangenen Jahres angestiegen. Allerdings ist ein Anteil dieser Fälle auch in Anfragen auszumachen, bei denen Ratsuchende über mediale Berichterstattung von den Entwicklungen mitbekommen haben und sich vom MBT eine Einordnung dazu wünschten. Außerdem: Nicht alle Bergedorfer Beratungsfälle stehen eindeutig im Zusammenhang mit den dort agierenden Jungnazis. In einigen Fällen geht es auch um Druck von AfD-Akteur_innen, denen sich Ratsuchende ausgesetzt sehen. Andere möchten sich generell in ihrem demokratischen Engagement gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen aufstellen. Vergleicht man, welcher Bezirk wie häufig mit einem Beratungsanliegen in Verbindung steht, stellen wir fest: Aus den Bezirken Mitte (26%) und Altona (16%) gehen mehr oder teilweise sogar deutlich mehr Beratungsfälle ein. Bergedorf (11%) bewegt sich dagegen eher im Durchschnitt und ist quantitativ dabei eher in der Nähe von Eimsbüttel (10%) einzuordnen.

Unsere Beobachtungen zeigen: (extrem) Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt findet in Hamburg täglich statt – und zwar überall in der Stadt. Viele Vorfälle ereignen sich auch auf St. Pauli, in Ottensen, Barmbek oder Eppendorf.

Deshalb muss die Zivilgesellschaft nicht nur in Bergedorf wachsam und solidarisch bleiben, sondern auch in allen anderen Teilen Hamburgs. Es gibt zahlreiche Menschen in Bergedorf, die sich tagtäglich ehrenamtlich für ein offenes Miteinander, für Gleichwertigkeit, positionierte Gedenkarbeit, Respekt und gegen Faschismus, Rassismus

und Antisemitismus einsetzen. Bergedorf ist nicht nur ein Beispiel für Neonazi-Aktivitäten und hohe AfD-Zustimmungswerte. Bergedorf ist auch Beispiel für ein vielfältiges Stadtbild und eine aktive Zivilgesellschaft, die nicht bereit ist, rechte, rassistische und antisemitische Gewalt hinzunehmen.

Gegenengagement

Mutig, sichtbar, solidarisch: Zivilgesellschaftliches Handeln im ersten Halbjahr 2026

Insgesamt war die erste Jahreshälfte 2026 wieder geprägt von viel zivilgesellschaftlichem Engagement: Deutlich machen dies zum Beispiel Demonstrationen gegen rassistische Hetze, an denen sich seit Beginn des Jahres zehntausende beteiligten. Communities, wie die Black Community oder die der Roma und Sinti, haben trotz rassistischer Widerstände mutig und erfolgreich durch engagierte Kampagnen-Arbeit ihre Errungenschaften,

Marginalisierungserfahrungen und wertvolle Arbeit sichtbar gemacht. Zahlreiche Initiativen und Einzelpersonen machen immer wieder auf (extrem) rechte Strukturen, Vorfälle und Aktivitäten aufmerksam und wirken ihnen Tag für Tag entgegen. Nachdem seit 2024 viele Menschen auf das MBT zukamen mit dem Wunsch, sich engagieren zu wollen, steigt mittlerweile der Anteil derer, die bereits „losgelaufen“ sind und sich beratende Unterstützung für ihre neu gegründeten Initiativen, Arbeitsgemeinschaften, Austauschgruppen, Nachbarschaftstreffen oder Stadtteilgremien einholen möchten.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert von



Hamburg

**Arbeit und
Leben**

HAMBURG

